

Berlin, 25. April 2014

Nach weiterer Insolvenz: Solarbranche schlägt Alarm

Die Lage in der deutschen Solarindustrie bleibt angespannt. Nachdem in den letzten Jahren chinesisches Preisdumping zahlreiche Hersteller aus Deutschland in die Insolvenz getrieben hat, verunsichert jetzt die von der Bundesregierung geplante Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) die Branche.

Alleine in den letzten sechs Monaten haben acht große deutsche Hersteller Werksschließungen und Entlassungen ankündigen oder sogar Insolvenz anmelden müssen. Nach den Schwergewichten Centrosolar, Sunways und aleo solar kam in dieser Woche auch noch das traditionsreiche Systemhaus Wagner Solar dazu.

Milan Nitzschke, Sprecher der Industrieinitiative ProSun: „Die Lage für die verbliebenen Solarunternehmen in Deutschland ist schwierig genug. Wenn die Bundesregierung jetzt auch noch die Solarförderung in Frage stellt, ist das fahrlässig. Hier stehen deutsches Know How und Arbeitsplätze auf dem Spiel.“

Besonders schwer würde aus Sicht der Solarunternehmen die geplante Einführung einer Abgabe auf selbst genutztem Solarstrom wiegen. Nitzschke: „90 Prozent aller neuinstallierten Solaranlagen werden auf der Grundlage von Eigenstromnutzung geplant. Wenn die Bundesregierung jetzt genau diesen Eigenstrom belasten will ist das ein gezielter Angriff auf den Solarausbau in Deutschland.“ Energiegenossenschaften, kleine und mittelständische Unternehmen, aber auch große Privathaushalte, die Solarstrom für den Eigenbedarf nutzen, sollen nach dem Willen der Bundesregierung künftig für jede selbst verbrauchte Kilowattstunde eine Abgabe von rund drei Cent bezahlen.

Mieter müssten nach den Plänen der Regierung beim Bezug von Solarstrom vom Hausdach sogar eine noch höhere Abgabe zahlen. Gerade erst beginnen Wohnungsbaugesellschaften ihren Mietern durch solaren Eigenstrom Mehrwert bei der Energieversorgung zu schaffen. Wenn die Vorschläge der Regierung, die nächste Woche in den Bundestag kommen, zum Gesetz werden, würden diese Projekte unwirtschaftlich.

Nitzschke: „Die Politik muss verstehen, dass die Nutzung von solarem Eigenstrom die Grundlage für die Zukunft der Solarenergie in Deutschland ist. Diese zu belasten gefährdet die Energiewende im Kern. Daher muss der Gesetzentwurf dringend angepasst werden, so wie zahlreiche Bundesländer dies bereits gefordert haben.“

Die Industrieinitiative EU ProSun setzt sich für ein nachhaltiges und kosteneffizientes Wachstum der Solarenergie ein und vertritt dabei über 40 Solarhersteller in Europa. Der Großteil der Unternehmen produziert in Deutschland.